

Politiker versus Ökonom: Der eine schaut auf den anstehenden Parteitag, der andere rechnet den Bedarf an Arbeitskräften mit Blick auf die demografischen Veränderungen aus. Das Thema Flüchtlinge lässt beide nicht los. Am Ende einer lebhaften Diskussion in der Düsseldorfer Handelsblatt-Redaktion stellen die beiden fest, dass ihre Positionen im Grunde gar nicht so weit voneinander entfernt sind.

Meine Herren, Bundesinnenminister Thomas de Maizière verkündet, in Sachen Zuwanderung stehe es in Deutschland, verglichen mit anderen Ländern, zum Besten. Das Einzige, was wir bräuchten, sei besseres Marketing. Was sagen Sie dazu?
Laschet: Zu Jahresbeginn begann die Debatte, ob wir ein Einwanderungsgesetz brauchen. Meine erste Reaktion war: „Das haben wir doch schon!“ Es gibt das Gesetz zur Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung von 2005, das Aufenthaltsgesetz, diverse Verordnungen und die Liste der 70 Mangelberufe. Aber in diesen Tagen wird deutlich, dass für die deutliche Trennung von Asyl und Einwanderung ein neues Einwanderungsgesetz hilfreich wäre.

Also doch ein neues Gesetz?
Laschet: Wir brauchen klare Asylregeln für sichere Herkunftsländer und solche, die de facto sind, wie Albanien oder Montenegro - und daneben ein Einwanderungsgesetz. Es muss klarmachen, dass Einwanderung etwas anderes ist als Asyl. Und es muss in der richtigen Tonlage zusammenfassen, was wir alles an Verwaltungsvorschriften und Regeln haben. Das ist zu kompliziert für jene, die wir anwerben wollen.
Zimmermann: Widerspruch zum Bundesinnenminister: Wir sind immer noch kein Land, das wirtschaftliche Zuwanderung bewusst steuert. Und es kommen kaum qualifizierte Bewerber. Deshalb muss der Kanal der wirtschaftlichen Zuwanderung klar definiert werden - vor dem Hintergrund des langfristigen Bedarfs. Ich finde auch nicht, dass man Asyl und Einwanderung trennen sollte. Es muss möglich sein, die gesuchten Fachkräfte auch unter jenen, die Asyl suchen, für den Arbeitsmarkt zu gewinnen.

Sie klingen beide anders als der Bundesinnenminister. Sind die aktuellen Probleme Folge der jahrzehntelangen Lüge, kein Einwanderungsland zu sein?
Laschet: Die Bundesrepublik war seit dem Anwerbeabkommen der 50er-Jahre immer ein Einwanderungsland. 1973 beschloss die Regierung Brandt einen Anwerbestopp, und später erfand man etwas wunderbar Bürokratisches wie die „Anwerbestopp-Ausnahmeverordnung“. Doch die Botschaft war: Eigentlich wollen wir keine Zuwanderung. Das war die kollektive Körpersprache Deutschlands, die so auch weltweit verstanden worden ist, vor allem von Hochqualifizierten. Auch der Bundesinnenminister nennt die Realität beim Fachkräftemangel beim Namen.
Zimmermann: Es ist eben nicht alles so gut, wie Herr de Maizière meint. Auf der einen Seite bekommen wir nicht die wirtschaftlichen Fachkräfte, die wir brauchen - noch nicht mal aus den EU-Staaten und schon gar nicht langfristig. Auf der anderen Seite haben wir immer mehr Flüchtlinge, Menschen vom Balkan, aus Syrien oder Irak oder Afghanistan. Wir brauchen eine Strategie, die unserer sozialen Verantwortung Rechnung trägt - in Verbindung mit einem Einwanderungsgesetz. Es müssen klare Signale gesendet werden, wo für den Einzelnen Chancen, wo Grenzen sind.

Läuft die Politik nicht der Entwicklung hinterher und reagiert auf die schrecklichen Fernsehbilder? Die CDU hat einst Ein-



Armin Laschet (l.), Klaus Zimmermann: „Es gibt politische Stimmen in Europa, die die innersuropäische Mobilität reduzieren wollen. Dann wird die europäische Idee implodieren.“

STREITGESPRÄCH

„Wir müssen klare Signale senden“

Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz, und zwar schnell. Darin sind sich CDU-Vize Armin Laschet und der Ökonom und Migrationsforscher Klaus F. Zimmermann einig. Differenzen gibt es beim Thema Asyl und Aufenthaltsdauer.

wanderung mit dem Slogan „Kinder statt Indier“ blockiert.
Laschet: Jetzt greifen Sie aber tief in die Geschichte! Vor zehn Jahren schuf Jürgen Rüttgers in Nordrhein-Westfalen das erste deutsche Integrationsministerium, dann gab es einen Integrationsgipfel und die Deutsche Islamkonferenz, alles Initiativen der Union. Man muss über Parteigrenzen hinweg das Bewusstsein schaffen, dass uns weder die EU-Freizügigkeit noch die aktuelle Flüchtlingszahl aus unserem demografischen Problem heraushelfen. Wir brauchen künftig bis zu 400.000 Zuwanderer pro Jahr als Arbeitskräfte. Uns hat bisher noch geholfen,



Wenn wir sauber trennen zwischen Asyl und Einwanderung, würden die Zahlen nicht steigen.

Armin Laschet

dass wegen der Euro-Krise so viele hochqualifizierte Spanier und Portugiesen kamen. Doch das nimmt jetzt schon ab.

Sie sind optimistisch, dass dies steuerbar ist? Immerhin sollen laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung fünf Millionen Arbeitskräfte in den nächsten Jahren fehlen.
Zimmermann: Man kann die Verknappung mildern. Die Zuwanderung aus europäischen Ländern ist in harten Zahlen eher marginal. Und sie löst das demografische Problem nicht, weil sie kurzfristig ist. Innerhalb Europas gilt die Freizügigkeit

der EU - da können wir gar nichts steuern, so wenig wie bei Asylbewerbern. Nur bei wirtschaftlichen Migranten von außerhalb der EU können wir lenken. Leider sind wir hier eher gescheitert ...

... wie bei den IT-Kräften aus Indien.
Zimmermann: ... die gingen dann lieber in die USA oder nach England, wo Mitglieder ihrer Familie lebten. Langfristig ist es sinnvoll, ausländische Studenten bei uns anzusprechen. Aber die Wirtschaft ist ja nicht nur an Hochschulabsolventen interessiert, sondern auch an Fachkräften.

Ist das Punktesystem Kanadas ein Vorbild, mit Kriterien wie Alter, Geschlecht, Ausbildung?
Laschet: Dort wird das Modell gerade verändert. Bewerber müssen auch einen Arbeitsvertrag vorweisen. Der Faktor Arbeit ist für die gesellschaftliche Akzeptanz von Einwanderung in Deutschland wichtig. Wenn Unternehmen, Handelskammern und Goethe-Institute offensiv im Ausland um Arbeitskräfte werben, kann man viel bewegen.
Zimmermann: Der Arbeitsplatz als Filter für die Einreise ist gut für temporäre Migration. Aber es geht auch um die Jobs von morgen, wo keiner den Bedarf kennt. Ich plädiere für ein Gesetz, das die kurzfristige von der langfristigen Zuwanderung trennt. Wer langfristig bleiben will, muss andere Kriterien erfüllen wie Sprache und Integrationsbereitschaft. Dies löst ein Punktesystem transparent. Wer nach Australien will, kann im Netz schnell feststellen, welche Chancen er hat. Das bringt Glaubwürdigkeit.

Müsste nicht bei den Zuwanderern viel stärker nach Herkunftsländern unterschieden werden?
Laschet: Es wäre schon ein Gewinn, wenn man im Asyl die Verfahren für Menschen aus Demokratien - wie in den Balkanstaaten - beschleunigt. Und für jene, die bleiben werden - wie Afghanen, Syrer, Iraker und auf absehbare Zeit auch Menschen aus Eritrea -, zügig eine Perspektive aufzeigt. Daran arbeiten wir in einer Kommission der Robert-Bosch-Stiftung parteiüber-

GESPRÄCHSTEILNEHMER

Armin Laschet Der CDU-Politiker, Jahrgang 1961, ist seit 2013 Oppositionsführer im Landtag Nordrhein-Westfalen. Er steht seit 2012 an der Spitze der CDU in NRW und ist stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU. Er war Bundestags- und Europaabgeordneter und von 2005 bis 2010 im Kabinett von Jürgen Rüttgers Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Nordrhein-Westfalen.

Klaus F. Zimmermann Der Volkswirt, Jahrgang 1952, ist einer der international führenden Migrationsforscher. Seit 1998 ist er Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn. Das IZA koordiniert das größte Forschungsnetzwerk der Ökonomie, in dem weltweit rund 1500 Wissenschaftler aus mehr als 50 Ländern zusammenarbeiten. Von 2000 bis Februar 2011 war er gleichzeitig Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin.

EINWANDERUNGSGESETZ GETEILTE MEINUNG

SPD und Grüne werben vehement für ein neues Gesetz, in dem das unübersichtliche deutsche Aufenthaltsrecht zusammengefasst und teilweise neu gestaltet werden soll. Die Sozialdemokraten sprechen sich dafür aus, nicht mehr zuvorderst einen vorliegenden Arbeitsvertrag zur Bedingung für einwanderungswillige Ausländer zu machen, sondern in einem Punktesystem auch nach Qualifikationen wie Sprachkenntnissen oder Berufsabschluss auszuwählen.

Die Union ist gespalten: Modernisierer wie CDU-Generalsekretär Peter Tauber sprechen sich für eine Neuregelung aus, die Politiker um Innenminister Thomas de Maizière lehnen es aber ebenso ab wie die CSU. Trotz des Widerstands in den eigenen Reihen wird die CDU-Spitze um Parteichefin Angela Merkel auf dem Parteitag im Dezember die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz wohl beschließen lassen. In einer Umfrage sprachen sich 77 Prozent der Deutschen für ein Einwanderungsgesetz aus.



Es muss möglich sein, die gesuchten Fachkräfte auch unter jenen, die Asyl suchen, für den Arbeitsmarkt zu gewinnen.

Klaus F. Zimmermann

greifend mit Vertretern aus Wirtschaft, Behörden und Gesellschaft.

Wie großzügig sind die Einwanderungsregeln zu fassen, damit man geeignete Arbeitskräfte vom Balkan anzieht und sie nicht Asyl beantragen?
Laschet: Selbst der Hochqualifizierteste vom Balkan muss wissen, dass er nicht über Grundgesetzartikel 16 und ein Asylverfahren einreisen kann. Wer soll das auch verstehen bei Ländern, die Kandidaten sind für einen EU-Beitritt, in denen es also keine politische Verfolgung gibt?
Zimmermann: Wäre es nicht gut, wenn man sich auf dem Balkan informieren könnte, unter welchen Bedingungen man nach Deutschland zum Arbeiten kommen kann? Wer den Weg aus Syrien oder dem Irak gefunden hat, den sollten wir allerdings nicht zurückschicken.
Laschet: Genau für diese Gruppe brauchen wir Wege zu einem Spurwechsel. Und zur Befristung, Herr Zimmermann: Ich glaube, wer mit einem Arbeitsplatz einreist, wird auch bleiben - selbst wenn er ihn verliert.
Zimmermann: Nein, das stimmt nicht. Die meisten, die kommen, gehen wieder. Das zeigen auch die Erfahrungen mit den Gastarbeitern. Das vergessen wir bei den ganzen Berichten über türkische oder italienische Großfamilien. Einen Großteil der Arbeitsmigranten, auch aus Syrien, werden wir wieder verlieren.
Laschet: 2008/2009 waren wir Auswanderungsland! Es gingen besonders qualifizierte Kinder der ersten Gastarbeiter-Generation. Viele wollen wiederkommen. Dafür müssen wir die Visa-Systeme flexibilisieren. Wer kommt, muss auch gehen und zurückkehren können.

Auch in der Union?
Laschet: Ja. Ich werbe im Bundesvorstand und beim Bundesparteitag im Dezember für eine Mehrheit.

Hat die Kanzlerin recht damit, dass die Flüchtlinge die EU vor eine größere Belastungsprobe stellen als Griechenland?
Laschet: Ja. Wir brauchen mehr europäische Zuständigkeit und Solidarität.
Zimmermann: Ich sehe es wie die Kanzlerin. Die richtige Antwort Europas wäre es, die Flüchtlinge nach Quoten auf die einzelnen Länder zu verteilen. Aber dazu kommt es leider nicht. Das belastet die Diskussion. Schon gibt es politische Stimmen in Großbritannien und anderswo, die sogar die innersuropäische Mobilität reduzieren wollen. Dann wird die europäische Idee implodieren. Wir Deutschen können das Problem aber nicht allein lösen.

Das Streitgespräch moderierten **Hans-Jürgen Jakobs** und **Regina Krieger**.